

Auslandsverschuldung



Kredite aufzunehmen ist an sich nicht negativ und kann in Industrieländern wie auch in Entwicklungsländern wirtschaftspolitisch notwendig sein. Solange Zins und Tilgung Raum für Investitionen und staatliche Leistungen lassen, können Kredite die Entwicklung des betreffenden Landes unterstützen. Zum Problem werden sie, wenn der Schuldendienst die Einnahmen des Landes übersteigt.

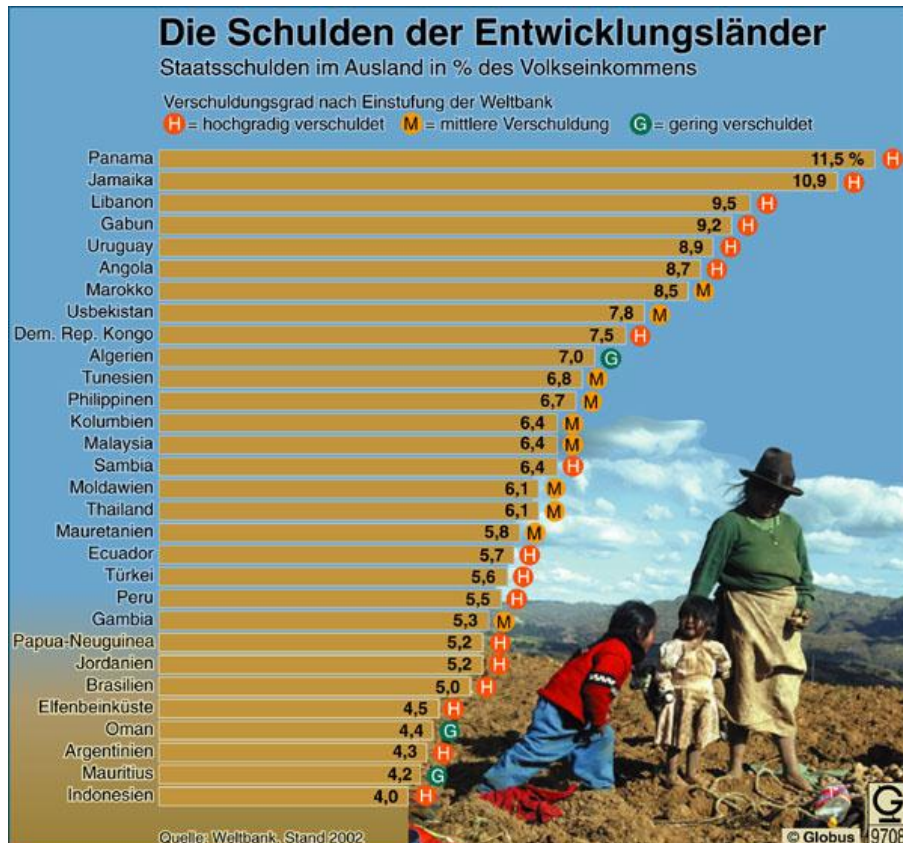
Die Schuldenkrise in einigen Ländern Europas zeigt, dass Verschuldungsprobleme nicht nur Entwicklungsländer betreffen, sondern auch in Industrieländern zunehmend ein Problem darstellen. Generell lässt sich sagen, dass insbesondere wenig entwickelte Länder von übermäßiger Verschuldung betroffen sind, weil sie oft größeren Investitionsbedarf bei gleichzeitig relativ geringen Staatseinnahmen haben. Dringend notwendige Investitionen müssen daher kreditfinanziert werden. Daher besteht insbesondere in Entwicklungsländern ein andauernder Zielkonflikt zwischen einem nachhaltigen Schuldeniveau und einer ausreichenden Finanzierung von Entwicklung. Die ärmsten Länder unterstützt die Bundesregierung daher nur noch in Form von Zuschüssen, die nicht zurückgezahlt werden müssen.

In vielen Ländern entsteht eine Spirale der Verschuldung: Je ärmer ein Land ist, umso nötiger sind Investitionen für seine Entwicklung, umso mehr Kredite werden aufgenommen, umso höher ist der Schuldendienst, umso mehr Kredite müssen wiederum aufgenommen werden. Im Extremfall kann ein Land seine Schulden schließlich nicht mehr bedienen, es ist "bankrott". Für die extreme Verschuldung der Entwicklungsländer in den vergangenen Jahrzehnten gibt es darüber hinaus viele weitere Gründe. Zum Beispiel:

- Kredite wurden und werden von Gebern ohne Rücksicht auf die Bonität der Schuldner vergeben, beispielsweise aus geostrategischen Gründen (zu Zeiten des Kalten Krieges sicherten sich Geberländer die politische Loyalität der Schuldnerländer durch Kredite) oder aus wirtschaftlichen Überlegungen (beispielsweise um sich den Zugang zu Rohstoffvorkommen zu sichern).
- Die Kredite wurden nicht für Investitionen, sondern für laufende Ausgaben eingesetzt. So blieb die erhoffte Produktivität der Investitionen aus. Zu optimistische Wachstumsprognosen durch die Geberländer, schlechtes Schuldenmanagement, Misswirtschaft und Korruption verschärften die Situation zusätzlich.
- Die Preise für Exportgüter waren zunächst über einen langen Zeitraum stetig gesunken und sind nun zunehmend starken Schwankungen unterworfen. Dies gilt vor allem für Rohstoffe, von deren Export viele Entwicklungsländer abhängig sind. Fallende oder schwankende Rohstoffpreise verringern oder gefährden die Einnahmen des Landes durch Devisenerlöse aus dem Export.
- Die Industrieländer haben sich gegenüber Produkten aus Entwicklungsländern mit Handelsbarrieren abgeschottet. Subventionen für Agrarprodukte und Rohstoffe verhindern den fairen Handel und die Möglichkeiten, mehr Einnahmen durch Devisen zu erwirtschaften.
- Durch die globale Finanzkrise ist die Wirtschaftsleistung der Entwicklungsländer eingebrochen. Sie benötigen mehr Geld, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. © BMZ 2017

In den 80er Jahren wurden die ersten Entwicklungsländer als zahlungsunfähig anerkannt, da sie mehr Schulden zurückzahlen mussten, als sie aufbringen konnten. Trotz teilweisen Schuldenerlass entstand eine steigende Verschuldung und zunehmendem Kreditbedarf um Rückzahlungen an Industrienationen zu tätigen. Um Rückzahlungen zu leisten werden, Lebenserhaltungskosten gesteigert, was zunehmender Verarmung der unteren Wirtschaftsschicht führt. Um Inflationen und Verschuldungen entgegenzuwirken werden Staatsausgaben gekürzt, wie zum Beispiel Streichung von notwendigen Nahrungsmittelimporten oder auch Importen von Ersatzteilen sind Mittel um Devisen für den Schuldendienst zu erwirtschaften. Daraus entsteht, eine sinkende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, sinkende Produktivität, steigende Arbeitslosigkeit und eine Vernachlässigung der Versorgung des Volkes. Die Weltbank zeigt, dass Entwicklungsländer mehr Zins- und Rückzahlungen an Industrienationen leisten müssen, als sie neue Kredit und Darlehen aufnehmen können.

Ein andauerndes Problem entsteht unter anderen durch steigende Zinsen, oder eine wachsende Inflationsrate vor allem für die Entwicklungsländer, was dafür sorgt, dass Banken aufgrund hoher Risiken nur kurzfristige Kredite eingehen und die Schuldner gezwungen sind die Gläubiger um Umschuldungen zu bitten.



Obwohl keine allgemeine Lösung für alle Schuldenländer existiert, gibt es einige günstige Rahmenbedingungen, wie der Abbau der Protektionismus, Öffnung der Märkte oder Zinssenkungen, um den Entwicklungsländern Kredite zu gewähren. Gleichzeitig dürfen die Entwicklungsländer ihre Profite nicht in den Abbau der Schulden investieren, sondern müssen ihn dazu verwenden, die Wirtschaft aufzurüsten, Reformen anzukurbeln, um daraus eigene Gewinne zu erwirtschaften.

1996 erließ der IWF eine Reduzierung der Schuldenlast der am stärksten Verschuldeten Länder. 36 HIPC- (heavily indebted poor countries) Ländern sollen zwei Drittel ihrer Schulden erlassen werden (71 Milliarden US-Dollar). Diese Entschuldung ist jedoch an einige Auflagen gebunden: wirtschafts- und sozialpolitische Reformen und die Verwendung der Finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Armut. 2008 erließen die G8-Staaten einen weiteren Schuldenerlass von ca. 55 Milliarden US-Dollar, jedoch ist es wieder an strenge Kriterien gebunden vor allem im Bereich von Good Governance.